

Dokumente der Vereinten Nationen

Seit dem Jahrgang 2006 werden in der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN nur noch besonders wichtige deutschsprachige Dokumente des Sicherheitsrats, der Generalversammlung und anderer Organe der Vereinten Nationen im Volltext abgedruckt. Stattdessen wird eine Liste der im zurückliegenden Zeitraum verabschiedeten Resolutionen und Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrats sowie ausgesuchter Resolutionen der Generalversammlung oder anderer Organe mit einer kurzen Inhaltsangabe und den (etwaigen) Abstimmungsergebnissen abgedruckt. Zu finden sind diese Dokumente über die Website des Deutschen Übersetzungsdienstes: <http://www.un.org/Depts/german> oder über das allgemeine elektronische Do-

kumentenarchiv der Vereinten Nationen (Official Document System – ODS) unter: <http://documents.un.org>. (Zu den Recherchemöglichkeiten siehe: Monika Torrey, Der Deutsche Übersetzungsdienst der UN. Ein Leitfaden für die Dokumentenrecherche, VN 1–2/2006, S. 72f.)

In der folgenden Übersicht sind Resolutionen des Sicherheitsrats sowie die Erklärungen des Präsidenten von **Januar bis März 2007** aufgeführt. Die Dokumente sind alphabetisch nach Ländern, Regionen oder Themen sortiert. In der jeweiligen Rubrik erfolgt die Auflistung chronologisch (das älteste Dokument zuerst).

Sicherheitsrat				
	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungsergebnis
Côte d'Ivoire	S/RES/1739(2007)	10.1.2007	Der Sicherheitsrat beschließt, das Mandat der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (UNOCI) und der sie unterstützenden französischen Truppen bis zum 30. Juni 2007 zu verlängern. Das beschlossene Mandat umfasst unter anderem die Überwachung der Einstellung der Feindseligkeiten, die Entwaffnung, Demobilisierung, Wiedereingliederung, Repatriierung und Neuansiedlung von Kombattanten, die Unterstützung für die Abhaltung offener, freier, fairer und transparenter Wahlen sowie Hilfe auf dem Gebiet der Menschenrechte.	Einstimmige Annahme
Frauen	S/PRST/2007/5	7.3.2007	Der Sicherheitsrat bekräftigt sein Bekenntnis zur vollinhaltlichen und wirksamen Durchführung der Resolution 1325(2000) über Frauen, Frieden und Sicherheit. Er fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass Frauen in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen stärker vertreten sind. Ferner fordert er den Generalsekretär nachdrücklich auf, auch künftig mehr Frauen zu Sonderbeauftragten und Sonderbotschafterinnen zu ernennen sowie die Rolle und den Beitrag von Frauen bei den Feldmissionen der Vereinten Nationen auszuweiten. Der Rat verurteilt alle Formen der Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten und fordert alle Parteien auf, konkrete Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu ergreifen.	
Friedenssicherung	S/PRST/2007/1	8.1.2007	Der Sicherheitsrat verpflichtet sich auf eine enge Zusammenarbeit mit Generalsekretär Ban Ki-moon, um den vielseitigen Herausforderungen und Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit besser zu begegnen. Der Rat betont, dass Entwicklung, Frieden und Sicherheit sowie die Menschenrechte miteinander verflochten sind und nur eine entschlossene und kohärente Antwort, basierend auf dem System der kollektiven Sicherheit der Vereinten Nationen, einen effektiven Ansatz bietet. Der Rat ersucht den Generalsekretär, ihm regelmäßige analytische Berichte zur Verbesserung der Bewertung von Konfliktsituationen vorzulegen.	
Haiti	S/RES/1743(2007)	15.2.2007	Der Sicherheitsrat beschließt, das Mandat der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) bis zum 15. Oktober 2007 zu verlängern und bekundet dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs seine volle Unterstützung. Ferner ersucht er die im humanitären und Entwicklungsbereich tätigen Akteure von MINUSTAH, die Sicherheitsmaßnahmen durch ihre Arbeit zu ergänzen, um eine wirksame Verbesserung der Lebensbedingungen der betroffenen Bevölkerungsgruppen zu erzielen. Der Generalsekretär wird gebeten, dem Rat halbjährlich einen Bericht vorzulegen, in dem eine umfassende Bewertung der Sicherheitsrisiken, -probleme und -prioritäten erfolgt sowie Empfehlungen gegeben werden.	Einstimmige Annahme

	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungs- ergebnis
Horn von Afrika	S/RES/1741(2007)	30.1.2007	Der Sicherheitsrat beschließt, das Mandat der Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea (UNMEE) bis zum 31. Juli 2007 zu verlängern. Der Rat billigt die Umstrukturierung des Militäranteils der UNMEE von bisher 2300 auf 1700 Soldaten, einschließlich 230 Militärbeobachtern, und wiederholt seine Forderungen aus Resolution 1640(2005), jegliche gegenseitige Androhung von Gewalt zu unterlassen. Er fordert den Rückzug der eritreischen und äthiopischen Truppen aus der vorübergehenden Sicherheitszone. Ferner fordert der Rat Eritrea auf, alle Einschränkungen der Tätigkeit der UNMEE und des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs sofort rückgängig zu machen. Der Sicherheitsrat fordert die Parteien auf, mit der Grenzkommission zusammenzuarbeiten und appelliert an die Mitgliedstaaten, ihre Beiträge an den Treuhandfonds zu entrichten, um den Demarkationsprozess zu unterstützen. Der Rat ersucht den Generalsekretär, in seinem Ende April 2007 vorzulegenden Fortschrittsbericht detaillierte Angaben über den Stand der Durchführung dieser Resolution und der Entscheidung der Grenzkommission aufzunehmen.	Einstimmige Annahme
Konfliktfolgezeit	S/PRST/2007/3	20.2.2007	Der Sicherheitsrat erinnert erneut daran, dass die Reform des Sicherheitssektors für jeden Stabilisierungs- und Wiederaufbauprozess in Postkonfliktsituationen unabdingbar ist. Diese Reform ist von entscheidender Bedeutung, Frieden und Stabilität zu festigen, die Armutsminderung, die Rechtsstaatlichkeit und eine gute Regierungsführung zu fördern, die rechtmäßige Autorität des Staates auszuweiten und den Rückfall in einen Konflikt zu vermeiden. Das betroffene Land hat das souveräne Recht und die Verantwortung, die nationale Strategie und Prioritäten für die Reform des Sicherheitssektors zu bestimmen. Der Rat betont, dass Reformen gemäß dem jeweiligen Kontext ausgearbeitet werden müssen, um die Anforderungen je nach Situation zu variieren, wozu auch der Aufbau institutioneller Kapazitäten, die finanzielle Tragfähigkeit und die Dauerhaftigkeit der Programme gehören. Der Sicherheitsrat bittet den Generalsekretär, einen umfassenden Bericht über Konzepte der UN zur Reform vorzulegen, um ihre Durchführung in Postkonfliktsituationen zu fördern und bei Bedarf, Empfehlungen in Bezug auf Programme zur Reform des Sicherheitssektors in Ländern mit spezifischen UN-Einsätzen vorzulegen.	
Massenvernichtungswaffen	S/PRST/2007/4	23.2.2007	Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Entschlossenheit, eine vermehrte multilaterale Zusammenarbeit als wichtiges Mittel zur Stärkung der Durchführung der Resolution 1540(2004) durch die Staaten zu fördern. Die Verbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen und ihrer Trägersysteme stellen nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dar. Der Rat bedankt sich für die Tätigkeiten der internationalen Organisationen, die über Sachverstand auf diesem Gebiet verfügen, insbesondere bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) und der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW). Zur Kenntnis genommen wird auch die einschlägige Arbeit von den mit Ländern sowie regionalen und subregionalen Organisationen abgehaltenen Seminaren und Arbeitstagen zur Förderung des Erfahrungsaustauschs und der vollinhaltlichen Durchführung der Resolution 1540(2004).	
	S/RES/1747(2007) (+ Anlagen)	24.3.2007	Der Sicherheitsrat missbilligt, dass Iran die Resolutionen 1696(2006) und 1737(2006) nicht befolgt hat und ist über die von dem iranischen Nuklearprogramm ausgehenden Proliferationsrisiken und die anhaltende Nichterfüllung der Forderungen des Gouverneursrats der IAEA besorgt. Er erklärt erneut, dass Iran ohne weitere Verzögerung die vom Gouverneursrat der IAEA geforderten Schritte (GOV/2006/14) zu unternehmen hat und bestätigt seinen Beschluss, dass Iran die Forderungen in Ziffer 2 der Resolution 1737(2006) sofort auszuführen hat. Der Rat beschließt ferner, dass alle Staaten den Ausschuss nach Ziffer 18 der Resolution 1737(2006) von der Einreise oder Durchreise der in Anlage I dieser Resolution bezeichneten Personen sowie zusätzlicher Personen unterrichten werden. Er beschließt außerdem, dass Iran keine Rüstungsgüter oder sonstiges Wehrmaterial aus seinem Hoheitsgebiet liefern, verkaufen oder transferieren darf. Der Sicherheitsrat fordert alle Staaten und internationalen Finanzinstitutionen auf, keine neuen Verpflichtungen in Bezug auf finanzielle Hilfe und Kredite zu Vorzugsbedingungen für die Regierung Irans einzugehen, es sei denn für humanitäre oder Entwicklungszwecke. Der Rat legt Iran nahe, die Vorschläge einer Reihe von Staaten vom Juni 2006 (S/2006/521) aufzugreifen, die in Anlage II beigefügt sind. Er ersucht den Generaldirektor der IAEA, innerhalb von 60 Tagen dem Gouverneursrat der IAEA sowie dem Sicherheitsrat einen weiteren Bericht darüber vorzulegen, ob Iran die umfassende und dauerhafte Aussetzung aller in Resolution 1737(2006) genannten Tätigkeiten nachgewiesen hat. Sollte der Bericht zu dem Ergebnis kommen, dass Iran die Resolution 1737(2006) sowie die vorliegende Resolution nicht befolgt hat, wird der Rat weitere geeignete Maßnahmen nach Kapitel VII Artikel 41 der UN-Charta beschließen.	Einstimmige Annahme

	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungs- ergebnis
Nepal	S/RES/1740(2007)	23.1.2007	Der Sicherheitsrat begrüßt die Unterzeichnung eines umfassenden Friedensabkommens durch die Regierung Nepals und der kommunistischen Partei Nepals (Maoisten) am 21. November 2006. Die Parteien haben die Vereinten Nationen bei der Umsetzung wesentlicher Aspekte des Abkommens um Hilfe ersucht. Der Sicherheitsrat beschließt, eine politische Mission der Vereinten Nationen in Nepal (UNMIN) unter der Leitung eines Sonderbeauftragten des Generalsekretärs einzurichten, mit dem Mandat, die Waffenruhe und den Umgang mit Waffen und dem bewaffneten Personal zu überwachen und weiterhin, in Absprache mit den Parteien, technische Unterstützung für die Planung, Vorbereitung und Durchführung freier und fairer Wahlen zu gewähren. Der Rat bittet den Generalsekretär, ihn regelmäßig über die Fortschritte bei der Umsetzung dieser Resolution zu informieren und ersucht die Parteien in Nepal, UNMIN und ihr beigeordnetes Personal bei der Durchführung des Mandats zu unterstützen.	Einstimmige Annahme
Ostafrikanisches Zwischenseegebiet	S/RES/1742(2007)	15.2.2007	Der Sicherheitsrat beschließt das Mandat und die Personalstärke der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC), die in seinen Resolutionen 1565(2004), 1592(2005), 1596(2005), 1621(2005), 1635(2005) und 1736(2006) enthalten sind, bis zum 15. April 2007 zu verlängern. Der Rat ersucht den Generalsekretär, bis spätestens 15. März 2007 über seine Konsultationen mit den kongolesischen Behörden Bericht zu erstatten und Empfehlungen über die vom Rat möglicherweise in Erwägung zu ziehende Anpassung des Mandats und der Kapazitäten der MONUC vorzulegen.	Einstimmige Annahme
Somalia	S/RES/1744(2007)	20.2.2007	Der Sicherheitsrat beschließt, die Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union (AU) zu ermächtigen, für einen Zeitraum von sechs Monaten eine Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) einzurichten, die befugt ist, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um das Mandat dieser Resolution auszuführen. AMISOM ist beauftragt, die Übergangs-Bundesinstitutionen bei der Wahrnehmung ihrer Regierungsfunktionen zu schützen und die Sicherheit von Schlüsselinfrastrukturen zu gewährleisten. Das Mandat beinhaltet auch die Schaffung der erforderlichen Sicherheitsbedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe. Der Rat fordert die Mitgliedstaaten der AU auf, Personal, Ausrüstung und Dienste bereitzustellen. Er ersucht den Generalsekretär, eine Bewertungsmission nach Somalia zu entsenden, die über die Möglichkeiten einer Mission Bericht erstatten soll, und dem Sicherheitsrat innerhalb von 60 Tagen nach Verabschiedung dieser Resolution einen Bericht mit Empfehlungen für das weitere UN-Engagement vorzulegen. Der Rat verlangt, dass alle Parteien in Somalia den ungehinderten Zugang für die humanitären Helfer sicherstellen und ihre Sicherheit in Somalia garantieren.	Einstimmige Annahme
Sudan	S/PRST/2007/2	16.1.2007	Der Sicherheitsrat bekundet erneut seine Besorgnis über die anhaltende Instabilität entlang der Grenzen zwischen Sudan, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik sowie über die von ihr ausgehende Bedrohung für die Sicherheit der Zivilbevölkerung und die Durchführung humanitärer Maßnahmen. Der Rat nimmt die Empfehlung des Generalsekretärs für die Errichtung einer mehrdimensionalen Präsenz der Vereinten Nationen im Osten Tschads und im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik zur Kenntnis, so auch seine Absicht, die sofortige Rückkehr der technischen Bewertungsmission zu genehmigen und bittet den Generalsekretär bis Mitte Februar 2007 aktuelle und endgültige Empfehlungen hinsichtlich des Umfangs, der Struktur und des Mandats für eine mehrdimensionale Präsenz vorzulegen. Zur Beschleunigung der Vorbereitungen ersucht der Rat den Generalsekretär, so bald wie möglich eine Vorausmission in die Länder zu entsenden.	
Timor-Leste	S/RES/1745(2007)	22.2.2007	Der Sicherheitsrat beschließt, das Mandat der Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste (UNMIT) bis zum 26. Februar 2008 zu verlängern und genehmigt, die Personalstärke um bis zu 140 Polizisten zu erhöhen. Der Rat begrüßt die Unterzeichnung einer militärisch-technischen Vereinbarung zwischen den Vereinten Nationen und Australien über die Gewährleistung der Kapazität einer Schnellreaktionseinheit für die Polizei der UNMIT durch die internationale Sicherheitstruppe. Er fordert alle Parteien in Timor-Leste auf, das Prinzip der Gewaltlosigkeit zu beachten. Der Sicherheitsrat ersucht den Generalsekretär, regelmäßig über die Entwicklungen in Timor-Leste, insbesondere den Stand der Vorbereitung der bevorstehenden Wahlen und der Sicherheitslage, Bericht zu erstatten und innerhalb von 60 Tagen nach Abschluss der Wahlen einen weiteren Bericht vorzulegen, der Empfehlungen über die mögliche Anpassung des Mandats enthält.	Einstimmige Annahme